



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Denn lehnte der Reichstag wirklich die sehr mäßigen Forderungen der Regierung ab, fände die Regierung nicht den Entschluß, die Frage durchzukämpfen, und wären das wirklich der Reichstag und die Regierung, die unser Volk verdient, dann wehe unsrer Zukunft!



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die österreichischen Wahlen. Die Neue Freie Presse jammert: Nicht einmal die wilden Flammen der Sozialdemokratie haben das Eis des Gletschers politischer Gleichgiltigkeit zu schmelzen vermocht, der das Zentrum der Monarchie bedeckt! Die Germania jubelt: Ein Blitz ist vom Himmel hernieder gefahren und hat das goldne wie das rote Kalb [was für Hörner hat doch dieses Kalb schon!] zermalmt! Uns kann weder jener Jammer rühren noch dieser Jubel ergreifen — das ganze Wahlergebnis ist uns gleichgiltig; weiß doch ohnehin schon seit einem Jahre jedermann, wie es im nächsten Abgeordnetenhaus aussehen wird. Baden wird den Ausgleich, und was er sonst braucht und wünscht, von seinen Polen, von den Tschechen, den Christlich-sozialen und den Merikalen bekommen; ob die Häuflein der Deutschliberalen und der Deutschnationalen — daß sich beide andre Namen beigelegt haben, macht sie nicht stärker — durch gehorsame Beistimmung ein wohlwollendes Kopfnicken oder durch kühne Opposition ein ironisches Lächeln Badens zuziehen, ist politisch nicht von Bedeutung, und Bernerstorffer wird sich ein wenig schonen können, da er in seinen Neden für Arbeiterschutz und Pressefreiheit und gegen Korruption von ein paar Arbeitervertretern abgelöst werden wird.*) Interessanter als das Ergebnis ist der Verlauf der Wahl. Daß in den drei industriellen Provinzen alle feindlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zusammengestanden haben, ist nichts besonderes, sondern eine ganz allgemeine Erscheinung; dagegen haben Galizien und Wien einen eigentümlichen Charakter gezeigt. In dem rein agrarischen Galizien befindet sich die ganze Bauernschaft in der Opposition. Wenn wir der Wiener Arbeiterzeitung glauben dürfen, wäre es dort bei der Wahlmännerwahl folgendermaßen zugegangen. Je nach den örtlichen Verhältnissen werden entweder die bäuerlichen Wähler eingesperrt, bis die Herren die Wahlmänner ernannt haben, oder die Herren sperren sich für das Geschäft ab und lassen die Bauern nicht in das Wahllokal hinein; fügen sich diese nicht geduldig, so wird von Gendarmen und Soldaten in sie hinein gestochen, gehauen und geschossen. Zwischen West- und Ostgalizien besteht der Unterschied, daß die Geistlichen dort zur Herrenpartei gehören, hier, als Ruthenen, zur Bauernpartei; die Propinationsjuden sind in beiden Hälften des Landes Werkzeuge der Herren. Nach den übrigen Blättern haben die Bauern, man sieht nicht deutlich aus welchen Gründen und zu welchem Zweck, bei den Wahlen Unruhen erregt. Für den Zeitchronisten war die Arbeiterzeitung wertvoller

*) Eben lesen wir, daß er in seinem Wahlkreise Wiener-Neustadt durchgefallen ist, also überhaupt nichts mehr zu sagen hat.

als die übrigen Blätter, weil sie vom ersten Tage an täglich mit genauer Angabe der Orts- und Personennamen berichtet und die Vorgänge ausführlich erzählt hat, während die übrigen Blätter mit der Berichterstattung acht bis vierzehn Tage später begonnen und so unklar berichtet haben, daß man sich bis heute noch keinen Vers darauf machen kann. Sogar von jenen reichsdeutschen Blättern, die früher immer viel böses von der Schlachzigenwirtschaft, von der Unterdrückung der Ruthenen und von den Propinationsjuden zu berichten wußten, die aber seit dem Regierungsantritte Badenis über alle diese seitdem noch weit ärger gewordenen Dinge schweigen wie das Grab, sogar von diesen vorsichtigen Blättern wagte das eine — natürlich ohne die Arbeiterzeitung zu nennen — die schüchterne Vermutung, die Regierungsorgane dürften sich wohl doch nicht so ganz korrekt benommen haben. Wie weit die erzählten Einzelheiten wahr, ausgeschmückt oder erlogen sind, darauf kommt nicht viel an; das wesentliche ist die oppositionelle und revolutionäre Gesinnung des fast ganz aus Bauern bestehenden galizischen Volkes. Es gehört zu jenen Grundwahrheiten der Politik, die, weil sie unbequem sind, von den Herrschenden gewöhnlich vergessen werden, daß, wo Rauch aufsteigt, ein Feuer brennt, daß revolutionäre Gesinnung breiter Volksschichten ein sicherer Beweis für vorhandene arge Übelstände ist, und daß umgekehrt, wo sich das Volk elend fühlt, die revolutionäre Gesinnung nicht ausbleibt, und eben weil man vor dieser selbstverständlichen, lächerlich einfachen Wahrheit in den entscheidenden Augenblicken der Weltgeschichte gewöhnlich die Augen geschlossen hat, muß bei solchen Gelegenheiten daran erinnert werden, und auch daran, daß auf Namen nichts ankommt. Den galizischen Bauern ist es sicherlich ganz gleichgültig, ob sie Sozialisten, Antisemiten, Radikale oder Ruthenenpartei genannt werden; sie wollen das Joch der Schlachzigen und ihrer Werkzeuge, der Propinationsjuden und der Geistlichen abschütteln, und jeder ist ihnen als Führer in ihrem Befreiungskampfe willkommen, der sich ihnen anbietet und fähig erweist, er mag kommen, aus welchem Lager er will.

Die Wiener Wahl zeichnet sich zunächst dadurch aus, daß dabei die Juden und die liberalen Deutschen offen für die Sozialdemokraten eingetreten sind. Zu verwundern ist dabei nichts. Die Herren wissen ganz genau, daß sie nichts wagen, weil ihnen, wenn die Arbeiter so dumm wären, es mit einem Putsch zu versuchen, das Militär zum Schutze ihrer Geldschränke zur Verfügung stehen würde, während ihnen kein Militär die verlorenen Siege im Rathause wieder verschaffen kann. Das andre merkwürdige war der amerikanische Charakter der Wahlbewegung. Der Wiener Phäke ist gewiß dem Yankee so unähnlich wie möglich, aber in der gegenseitigen Beschimpfung der Parteien und in Wahlkniffen sind jetzt die Wiener den Newyorkern schon beinahe über. Beim bloßen Schimpfen ist es nicht geblieben, beide Parteien haben die schwersten Anschuldigungen gegen einander erhoben. Die Sozialdemokraten klagten täglich, daß die Antisemiten mit den größten und plumpsten Ungeheuerlichkeiten arbeiteten: den Arbeitern die Legitimationskarten verweigerten, den Leuten der eignen Partei doppelte Legitimationskarten ausstellten, die Beamten zweimal wählen ließen, im Bezirk ihrer Wohnung und in dem ihres Büreaus, und viel andres dergleichen, die Antisemiten dagegen, daß in ihre Versammlungen sozialdemokratische „Strolche“ eindringen und Gewaltthaten verüben. Bekanntlich haben damit die Christlich-sozialen ihre Bitte begründet, der Statthalter möge ihnen am Wahltag Militär zum Schutze geben, Graf Kielmannsegg aber hat sich geweigert, unter dem Vorwande des Schutzes der Christlich-sozialen die Wahlfreiheit der Arbeiter zu beschränken. Daß dieser Zweck beabsichtigt war, hat ein antisemitisches Blatt ganz offen mit der Bemerkung eingestanden, wenn in Ungarn den Juden-

liberalen Militär für die Wahlmache zur Verfügung gestanden habe, so dürften in Eisleithanien die Christlich-sozialen das gleiche fordern. Auf welcher Seite am meisten gelogen wird, vermögen wir auch hier nicht zu entscheiden. Gegen die Antisemiten spricht der Umstand, daß einer ihrer Führer, der Abgeordnete Schneider, wegen öffentlicher Verleumdung eines sozialdemokratischen Kandidaten gerichtlich verurteilt worden ist, und daß der Prinz Liechtenstein in einer Wählerversammlung behauptet hat, die Sozialdemokratie bekämpfe alles, nur nicht das mobile Kapital. Thatsächlich hat sich an die großen Juden außer den Sozialdemokraten noch niemand gewagt, und die Arbeiterzeitung durfte fragen: Wo war denn die antisemitische Presse, als es galt, den Säckel des Volkes bei der Verstaatlichung der Nordbahn gegen die Griffe des Herrn von Taubitz zu schützen? Wo war sie, als die Östlicher Bergarbeiter gegen Rothschild und Guttmann den Verzweiflungskampf führten? Ist ihnen Rothschilds Geld noch zu wenig jüdisches, zu wenig mobiles Kapital? Den Umstand, daß die Staatsanwaltschaft die ganze Zeit über der Arbeiterzeitung Schimpf-freiheit gewährt hat, möchten wir nicht als Beweis dafür gelten lassen, daß alles, was darin gestanden hat, wahr sei. Wir rechnen diese Zurückhaltung des Staats-anwalts mit der Weigerung des Grafen Kielmannsegg und dem amtlichen Dementi des „mein lieber Dr. Lueger,“ womit der Kaiser den zweiten Bürgermeister auf dem Stadtball angeredet haben soll, zu den Symptomen einer unbehaglichen Stimmung, in die sich die Regierung durch die Siege der Christlich-sozialen versetzt fühlt; die Judenliberalen scheinen ihr bequemer gewesen zu sein. Auch hier kommt übrigens wenig darauf an, auf welcher Seite am meisten gelogen wird; das wesentliche ist, daß es in der Reichshauptstadt nur noch zwei Parteien giebt, die Christlich-sozialen oder klerikalen Antisemiten und die Sozialdemokraten.

Das allermerkwürdigste bleibt immer das wunderliche neue Wahlrecht selbst. Man hat auch in Österreich empfunden, daß man den dienenden Klassen unmöglich alle staatsbürgerlichen Pflichten aufbürden kann, ohne ihnen einige politische Rechte zu gewähren. Ihnen aber diese Rechte in wirksamer Weise zu sichern fürchtet man sich, darum hat man dieses verzwickte Wahlsystem geschaffen, das ihnen formell Rechte gewährt, diese aber thatsächlich ziemlich unwirksam macht. Noch vollkommener wird freilich dieser Zweck durch die preußische Dreiklassenwahl erreicht, bei der das Wahlrecht der dritten Klasse (zu der in den größeren Städten außer den Arbeitern auch die meisten Handwerker und Beamten gehören, an manchem Orte so ziemlich die gesamte Intelligenz) ganz illusorisch ist, weil sie von den stets verbündeten beiden ersten Klassen unter allen Umständen überstimmt wird. Wir finden diesen Ausweg aus einer der größten Verlegenheiten des modernen Großstaats, einen Ausweg, auf den auch alle die Künsteleien hinauslaufen, die man zum Ersatz für das deutsche Reichstagswahlrecht vorgeschlagen hat, weder klug noch würdig. Wir haben vor Jahren einen andern Ausweg vorgeschlagen, der nichts unwürdiges an sich hat und die beiden entgegengesetzten Zwecke aufs vollkommenste vereint, indem er den dienenden Klassen zu ihrem Rechte verhilft, ohne irgend welche Gefahr für den Staat zu enthalten. Entweder man behält das allgemeine gleiche Wahlrecht bei und führt es dort ein, wo es noch nicht besteht, verwandelt aber die gesetzgebenden in bloß beratende Körperschaften. Oder man läßt die gesetzgebenden Körperschaften bestehen, verleiht aber nur den Besitzenden das Wahlrecht dafür; die Besitzlosen läßt man vollkommen frei aus ihrer Mitte Vertreter wählen (die Unterbeamten der verschiedenen Klassen je einen Unterbeamten, die Landarbeiter der einzelnen Land-schaften je einen, die Gewerkschaften der Provinzen und der Großstädte je einen aus ihrer Mitte), die nicht Sitz und Stimme im Parlament bekommen, sondern

denen nur die Pflicht auferlegt wird, vor dem Parlament und den Regierungsvertretern alljährlich einen vollständigen Bericht über die Lage ihrer Genossen zu erstatten und Vorschläge zur Abhilfe ihrer Beschwerden zu machen. Zu den Kommissionsitzungen, in denen über diese Vorschläge beraten würde, müßten sie zugezogen werden. Diese Arbeitervertreter müßten Diäten erhalten.

Militarismus und Reserveoffizier. Aus unsrer politischen Lage ergibt sich zweifellos, daß wir auf unsrer Hut sein müssen. Darum ist es lächerlich, wenn man immer den sogenannten „Militarismus“ bekämpft und über den „Reserveoffizier“ spottet. Was versteht man denn unter „Militarismus“? Doch wohl eine Vorliebe für alles, was mit dem Heerwesen zusammenhängt, eine Vorliebe, die viele bei uns für übertrieben halten. Und die Verbindung, in die der Militarismus stets mit dem Reserveoffizier und zwar eifernder- oder spottenderweise gebracht wird, kann doch nur bedeuten, daß man dieser Einrichtung feindlich gegenübersteht. Auf der andern Seite zeigt wieder das Streben, den Reserveoffizier zu erreichen, die Sitte, den Titel als Reserveoffizier auf den Besuchskarten anzuführen, und zwar oft vor dem Titel einer höhern Stellung im bürgerlichen Leben, einen wie hohen Wert man der Stellung des Reserveoffiziers beilegt. Der Spott darüber entspringt also dem Neide derer, denen es nicht gelungen ist, Reserveoffizier zu werden. Sie spotten, ohne Rücksicht darauf, daß sie damit einer militärischen Einrichtung schaden, die wir durchaus nötig haben.

Zu den Zeiten der stehenden Heere im wahren Sinne des Wortes, also im vorigen Jahrhundert gab es nur Berufsoffiziere; bei der Kleinheit der damaligen Heere reichte die Zahl der Berufsoffiziere auch im Kriege aus. Wo das aber nicht der Fall war, sah man sich in die unangenehme Notwendigkeit versetzt, alle möglichen Leute im Kriege als Offiziere einzustellen und nach dem Kriege wieder zu entlassen, ohne Rücksicht darauf, was aus ihnen wurde. Noch im Jahre 1866 sind in einzelnen süddeutschen Kontingenten, die bekanntlich die preußische Wehrverfassung, also auch die Reserveoffiziere nicht hatten, Leute als Offiziere eingestellt worden, die keinerlei militärische Vorbildung hatten. Nach dem Kriege wurden die meisten kaltblütig mit einer geringen Abfindungssumme wieder entlassen. Im Kriege hatten sie beim besten Willen kaum nützen können; nach dem Kriege konnten sie sehen, wie sie sich im bürgerlichen Leben wieder ein lohnendes Dasein schafften. Die amtliche Bezeichnung dieser Offiziere lautete: „Offizier auf Kriegsdauer“; der Volks- und Soldatenwitz aber nannte sie „kriegsbedauerliche Offiziere.“

Unsre heutigen Heere sind keine stehenden Heere mehr. Nur das Offizierkorps ist dauernd, und ein geringer Teil der Unteroffiziere. Die Mannschaften stellt das wehrfähige Volk, und der Unterschied in der Zahl zwischen Friedens- und Kriegszustand ist so groß, daß der Kriegszustand nicht mit lauter Berufsoffizieren versehen werden kann. Wir müssen also Offiziere auch im Beurlaubtenstande haben, die nötigenfalls bereit sind, die leeren Stellen in den verschiedenen Heeresteilen auszufüllen. Dazu müssen sie die nötige Vorbildung haben. Unsre Reserveoffiziere haben auch in allen Kriegen von 1864 bis 1871 vorzügliches geleistet in der Schlacht sowohl wie in den mancherlei Verwendungen, die sie sonst gefunden haben. Infolge der größern Lebenserfahrung und Geschäftskennntnis, die die meisten Reserveoffiziere aus ihrem bürgerlichen Verufe mitbringen, sind sie zu mancherlei Thätigkeiten, wie Quartiermachen, Leitung von Verpflegungs- und Sanitätskolonnen geeigneter als die Berufsoffiziere. Ich habe selbst im Kriege von 1870/71 die besten Erfahrungen mit ihnen gemacht. Da wir also die Reserveoffiziere gar nicht entbehren

können, so sollte sich das ganze Volk freuen, daß bei unsrer Jugend und selbst bei Männern in reiferem Lebensalter das Streben, Reserveoffizier zu werden oder zu bleiben, so lebhaft ist. Was schadet es bei den Vorzügen dieser Einrichtung, wenn sie und da einmal Eitelkeit auf diese Stellung zu Tage tritt, die lächerlich, vielleicht auch gegen andre, die die Epauletten nicht haben erlangen können, verletzend ist? Deshalb braucht man doch nicht die ganze Einrichtung zu verwerfen und über Militarismus zu klagen. Die Zeit ist wahrlich nicht dazu angethan, unsre Heeres-einrichtungen anzugreifen.

Der französische General Lewal sagt in einem Aufsatze im Journal des sciences militaires vom September 1896: „Der Militarismus angreifen ist ein Unsinn, weil dieser Geist ein genaues Gegenstück ist zu dem natürlichen Bedürfnis im Kampfe der Interessen. Wenn die Sozialisten das Gegenteil denken, so geschieht das deshalb, weil sie im Heer ein Hemmnis sehen für ihre Pläne zur Umgestaltung der Gesellschaft. Ihre Sendboten haben wohl erkannt, daß im Heere der Geist der Ordnung und der Zivilisation beruht, zu dem die Zerstörung und der Untergang im Gegensatz stehen. Aber die große Masse der Meinungen widersteht den nihilistischen Theorien, der militärische Geist ist und wird immer bleiben der Gradmesser für den Wert der Völker.“ So schreibt ein Franzose. Er hat freilich Grund dazu, das seinen Landsleuten zuzurufen. Denn in Frankreich ist der Militarismus, trotz des Chauvinismus, thatsächlich im Rückgange. Ich weiß aus zuverlässigen Mittheilungen von jungen Franzosen, daß gerade reiche Leute keineswegs nach dem „Einjährigen“ streben. Warum? fragte ich. Ja, fürs Examen zu lernen ist ihnen zu langweilig. Sie dienen lieber dieselbe Zeit wie die übrigen Mannschaften und suchen durch allerlei Mittel ihre Dienstzeit so bequem wie möglich hinzubringen. Ein Beispiel dieser Art ist der junge Millionär, genannt le petit sucrier, der, weil er kein Examen gemacht hatte, seine Zeit beim Train abdiente und vorigen Herbst im Lazarett starb. Das Werk eines höhern französischen Offiziers, das ich vor einigen Jahren in den Händen hatte, schildert die Verhältnisse im französischen Heere in trübem Lichte. Er behauptet, die Hauptaufgabe der französischen Abgeordneten bestehe darin, möglichst viele Angehörige ihres Wahlkreises vom Heeresdienste zu befreien und, wenn ihnen das nicht gelinge, es doch wenigstens durch ihren persönlichen Einfluß fertig zu bringen, daß die jungen Leute vom Frontdienste befreit und als Diener, Ordnonnanz, Schreiber, Köche usw. ihre Militärzeit hinbringen können. Der Einfluß dieser Bestrebungen mache sich schon derart geltend, daß auf Exerzierplätzen die Musik einzelner Regimenter manchmal stärker sei, als die Bataillone. Die Besichtigungen der Truppenteile durch die höhern Vorgesetzten, bei uns bekanntlich mit größter Gewissenhaftigkeit und gänzlicher Rücksichtslosigkeit gegen die Person durchgeführt, verliefen in Frankreich meist ergebnislos, weil sich der Besichtigende scheue, ungünstig nach oben zu berichten.

Auch von Englands Heereszuständen gab kürzlich die Army and Navy Gazette in einem „Eingefandt“ ein wenig schmeichelhaftes Bild. Es heißt da: „Die Armee hat nicht mehr die Anziehungskraft für die wohlhabenden Männer wie früher. Jährlich wächst die Zahl der Offiziere, die nur von ihrem Gehalt leben müssen. Wenn es die Absicht ist, die Offiziere gerade so arbeiten zu lassen wie die andern Stände, so werden die meisten Offiziere, die Privatvermögen besitzen, bald zurücktreten.“

Das sind Zustände, die nicht auf Militarismus und Streben nach dem Reserveoffizier schließen lassen, aber auch Beweise dafür, wohin es führt, wenn im Volke

der Militarismus schwindet. Also hüten wir uns davor, jede hervortretende Eitelkeit eines Einzelnen auf seinen Rang als Reserveoffizier, jede Ausschreitung eines jungen Offiziers sofort zu verallgemeinern und gegen überhandnehmenden Militarismus zu eifern. Ausschreitungen und Eitelkeiten werden im Heere wahr- scheinlich strenger beurteilt und behandelt als in bürgerlichen Ständen.

C. v. Herget, Generalmajor 3. D.

Noch eine Schattenseite in der Justiz betrifft das Vormundschafts- wesen. Nach dem preussischen Allgemeinen Landrechte hatte der Vormund eine in hohem Grade unselbständige Stellung. Auf Schritt und Tritt mußte er die Ge- nehmigung des Vormundschaftsgerichts nachsuchen, und überall fand er sich dadurch in seiner Thätigkeit gehemmt. Aber die Vorschriften des Landrechts waren doch im ganzen wohlmeinend und verständig. Unter Umständen konnte der Richter dem Vormund auch eine etwas größere Selbständigkeit gewähren. Jedes Gesetz will mit Vernunft gehandhabt und angewendet werden, und wäre das immer geschehen, so wäre die landrechtliche Vormundschaftsordnung gar nicht so schlimm gewesen, wie sie gemacht und verschrien worden ist. Aber sie wurde mit büreaufkrätischer Pedanterie gehandhabt. Wir könnten Beispiele anführen von kleinlichem, eng- herzigem und zugleich tyrannischem Verfahren, die man nicht für möglich halten sollte. So wurde das Vormundschaftswesen vielfach zu einer wahren Landplage, und daher kam es, daß in allen Testamenten, in denen ein Vormund ernannt wurde, dieser stets von der Aufsicht des vormundschaftlichen Gerichts, soweit es gesetzlich irgend zulässig war, befreit wurde.

Aus alter Gewohnheit geschieht das nun regelmäßig heute noch, wo es meist gar keinen Zweck mehr hat. Nach der neuern Gesetzgebung ist dies ja alles ge- ändert. Der Vormund hat jetzt eine sehr selbständige Stellung, wenn es auch Bestimmungen genug giebt, die dem Richter eine Handhabe bieten, ihn erforder- lichen Falls wirksam einzuschränken. Im allgemeinen ist über die Stellung und Thätigkeit des Vormundschaftsrichters nur bestimmt, daß er über die Vormundschaft die Aufsicht zu führen habe. In welcher Weise die Aufsicht geführt werden soll, und wie weit sie sich zu erstrecken hat, kann selbstverständlich kein Gesetz genau bestimmen; es muß das dem Taktgefühl des Richters und seinem vernünftigen Ermessen überlassen bleiben. Seine Thätigkeit ist, wie es in der Natur der Sache liegt, eine gemischte, teils eine richterliche, teils eine verwaltende (insofern er die Vermögensverwaltung zu beaufsichtigen hat), teils eine, man möchte fast sagen pastorale oder väterliche. Er ist für den Vormund der gewiesene Ratgeber, mit dem er dessen Angelegenheiten am besten mündlich bespricht. Wenn er seine Stellung so auffaßt und mit lebendigem Rechtsgefühl und treuer Sorge seines Amtes waltet, so hat er unaufhörlich Gelegenheit, gutes zu stiften und sich Ver- trauen und Dank zu erwerben. Wie ein Erbvertrag geschlossen wird, ist oft viel wichtiger für das Wohl und die Zukunft einer Familie, als wie ein Prozeß ent- schieden wird. Aber wie steht es mit alledem in Wirklichkeit? In neuester Zeit ist folgendes vorgekommen. Die Witwe als Vormünderin ihrer Kinder gerät in eine verwickelte Rechtsangelegenheit und weiß nicht, ob sie sich auf einen Prozeß einlassen soll oder nicht. Sie wendet sich an den Vormundschaftsrichter und bittet um Rat. Darauf ergeht etwa folgende Verfügung: „Nach Paragraph so und so hat das vormundschaftliche Gericht über die Vormundschaft nur die Aufsicht zu führen. Es ist daher nicht Sache des Gerichts, Ihnen Rat zu erteilen, vielmehr lediglich Ihre Sache, zu erwägen, was Sie in der Angelegenheit zu thun haben,

und kann das nur Ihnen selbst überlassen bleiben.“ Hat es das Gesetz wirklich so gemeint? Das heißt doch nichts anderes als: „Mach, was du willst, sieh, wie du fertig wirst, ich bekümmere mich um nichts.“ Und das geschieht alles Ernstes unter Berufung auf einen Paragraphen des Gesetzes! Hier wäre es Sache des Richters gewesen, sich um die Angelegenheit zu bekümmern. Aber freilich, das erfordert Arbeit. Man meint oft, alle Übelstände durch Gesetze abstellen zu können, aber man täuscht sich. Es kommt darauf an, wie die Menschen sind, die die Gesetze anwenden sollen. Hört auf, Bürokraten und wortklauberische Bedanten zu sein und werdet pflichttreue Menschen, dann wird vieles anders werden!

Theodor von Bernhards Lebenserinnerungen. Der sechste Band der Tagebuchblätter Theodor von Bernhards führt den Sondertitel: Aus den letzten Tagen des deutschen Bundes und enthält die Erinnerungen des Verfassers aus den Jahren 1864 bis 1866. Vor allem ist es erfrischend, so manchen landläufigen — oder wenigstens landläufig gewesen — Vorstellungen und Urteilen gegenüber hier die Stimme des gesunden Menschenverstands zu vernehmen. So sagt er von Mazzini, seine politischen Pläne kämen ihm so abgeschmackt und unsinnig vor, als rührten sie von einem verrückten Schuljungen her: von einem Gefühle für sittliche Würde, für Recht und Unrecht finde sich bei ihm keine Spur. Besonders bewährt Bernhards sein richtiges Urteil England und den Engländern gegenüber. Er war im Winter 1863 auf 1864 nach London gegangen, um die Interessen des Herzogs von Augustenburg zu vertreten und die öffentliche Meinung durch die Presse über den deutsch-dänischen Streitfall aufzuklären, ein Unternehmen, dessen völlige Fruchtlosigkeit ihm desto klarer wurde, je näher er den englischen Verhältnissen trat. Seltsam, ruft er einmal aus, daß die magna charta immer noch als die Grundlage des Staatswesens betrachtet wird, und ein Beweis, wie wenig die Engländer ihre eigne Geschichte verstehen! Dieses Dokument, das bestimmt war, eine Rittersherrschaft in England einzuführen, und aus dem ein mecklenburgisches Staatswesen hervorgehen konnte, so gut wie das heutige englische! Diese Unwissenheit tritt ihm überall entgegen: Lord Foughton ist ganz erstaunt darüber, von Bernhards zu hören, daß die Tudors Kelten waren. Im Parlamentsgebäude lacht Bernhards über das große Gemälde der Schlacht bei Belle Alliance, auf dem Blücher mit ein paar Offizieren mitten im englischen Heere ist, während doch Wellington mit seinen Adjutanten nur inmitten des preussischen Heeres sein konnte. Betreffs der englischen Politik in den außereuropäischen Ländern veranlaßt ihn die Bemerkung eines Engländer, die unruhige Kreolenbevölkerung von Mexiko müsse eben ausgerottet werden, zu dem Ausruf: mit welcher Seelenruhe so ein Engländer davon spricht, daß Nationen ausgerottet werden müssen, damit für den englischen Krämer oder seinen Kram Platz wird, das setzt immer von neuem in Erstaunen! Am meisten erstaunt ist er über die Barbarei des Durchschnittslondoners. In Hampton-Court, wo ihm in der Gemäldegalerie über so manchen angeblichen Tizian die Haare zu Berge stehen, macht er die Bemerkung, daß die Galerie, in der sich Raphaels Kartons befinden, von dem zahlreich vorhandenen Publikum offenbar für einen Durchgangsraum gehalten wurde, da die Besucher einfach durchmarschirten, ohne auch nur einen Blick auf die Bilder zu werfen. In den Sälen des Britischen Museums, in denen die von Lord Elgin gestohlenen Parthenonskulpturen aufgestellt sind, war und blieb Bernhards buchstäblich allein. Auch die ganze Anlage des Gebäudes, die Verbindung der Kunstsammlung mit einem großen Naturalienkabinett erscheint ihm geschmacklos; man denke sich die Werke des Phidias, sagt er, mit

ausgestopften Affen unter einem Dache! In Betreff der Zukunft Englands eignet er sich Lord Soughtons Ansicht an, der es bedenklich findet, daß das kleine Grundeigentum in der That bereits fast ganz verschwunden ist; schon damals war der gesamte Grund und Boden des Landes Eigentum von nicht mehr als zehntausend Grundherren. Soughton prophezeite, dieser eigentümliche Zustand werde wohl als letztes Ergebnis die furchtbarste aller Revolutionen haben.

Mit der Rückkehr Bernhardis aus England vollzieht sich in ihm der Umschwung, der den vorliegenden Band seiner Erinnerungen zu einem der interessantesten geschichtlichen Bücher macht, die je geschrieben worden sind. Der Verfasser ist hier gleichsam der Typus der gebildeten preussischen Bevölkerung, die bis dahin in die fortschrittlichen Phrasen und Anschauungen verrannt war, Militärreorganisation mit Muckertum und Reaktion für gleichbedeutend hielt und in Bismarck das Werkzeug der Reaktion sah. Wie es damals der gebildeten Welt im allgemeinen ging, so macht hier Bernhardi vor den Augen des Lesers die Wandlung durch, die ihn in der schleswig-holsteinischen Frage allmählich den Punkt erkennen ließ, von dem aus Preußen seine Mission in Deutschland beginnen mußte, und in Bismarck den Mann, der allein imstande war, aus der Finsternis Licht, aus dem Chaos Ordnung zu schaffen. Je deutlicher und schärfer sich aber dem Auge des großen Historikers die geschichtliche Wahrheit enthüllte, desto klarer durchschaute er die unendlichen Schwierigkeiten, mit denen Bismarck zu kämpfen hatte. Es hat etwas geradezu ergreifendes, wenn man sich mit Hilfe dieser authentischen, von Tag zu Tage gemachten Aufzeichnungen vergegenwärtigt, gegen welche Fülle von Feindschaft der Mann zu kämpfen hatte, der nichts weiter wollte, als Preußen endlich die ihm gebührende Stellung in Deutschland verschaffen, um damit zugleich die deutsche Frage zu lösen. Am schmerzlichsten wird man dabei von den Ansichten und dem Verhalten des damaligen Kronprinzen berührt. Am 3. März 1866 hatte Bernhardi eine Unterredung mit ihm, in der Friedrich Wilhelm gewissermaßen alles rekapituliert, was er über die Lösung des schleswig-holsteinischen Konflikts und Preußens Politik Österreich gegenüber während Bismarcks Amtsführung empfunden hatte. Wir setzen seine hauptsächlichsten Äußerungen hierher, indem wir Bernhardis Zwischenreden weglassen.

Bei Beginn der Unterredung rief der Prinz aus: Ja warum treibt man die Dinge so auf die Spitze! und deutete an, Bismarck treibe, selber durch den Konflikt mit dem Abgeordnetenhaufe getrieben, in einer Art von Ratlosigkeit auf die Annexion der Herzogtümer und einen Bruch mit Österreich hin, bloß in der unbestimmten Idee, sich durch ein gewagtes Spiel, eine gesteigerte Verwirrung im Ante zu behaupten. In seiner ganzen Politik, fährt er dann fort, ist Bismarck von Anfang an lediglich durch den Haß gegen das Haus Augustenburg und die liberale Partei bestimmt worden, die sich dieses Hauses annehmen wollte. Dann behauptete er, der Herzog von Augustenburg sei in seinem Verfahren immer korrekt und stets bereit gewesen, Preußen alle billigen Vorteile einzuräumen. Dann kam er wiederholt auf das „treue preussische Herz“ des Herzogs zurück: aber freilich, wenn man Forderungen stellt, ausdrücklich in der Absicht, daß sie nicht angenommen werden sollen! . . . Bismarck, fährt er dann fort, hat sich des Königs ganz zu bemächtigen gewußt. Wie er das gemacht hat, weiß ich nicht, aber es ist so; der König sieht jetzt alles nur durch die Bismarcksche Brille. Und so steuern wir auf die Annexion los, denn der König will sie! Mantouffle hat mir vor seiner Abreise gesagt: Die Annexion muß stattfinden, denn die Armee und das Volk will sie. Auf Bernhardis Einwendung, es dürfe nicht bekannt werden, daß der Kronprinz

gegen die Annexion sei, erwiderte er: O, das ist mir ganz einerlei. Das weiß man seit lange. Man hat mir schon sehr viele unangenehme Dinge gesagt, aber daraus mache ich mir gar nichts, und wenn sie auch irgend etwas ganz eklatantes gegen mich thun. Dann behauptete er, durch die Annexion werde die Lösung der deutschen Frage verdorben: hier hätte das Muster aufgestellt werden müssen, wie das Verhältnis zwischen den Einzelstaaten und der leitenden Macht zu regeln war. Die Mittelstaaten wissen recht gut, daß hier das Beispiel gegeben wird, wie sie alle beschnitten werden sollen. Hierauf sprach er von dem bevorstehenden Kriege mit Österreich und der erwarteten Neutralität Napoleons und fuhr fort: Nun gut, also Frankreich bleibt neutral; aber nach den ersten Kämpfen wird Napoleon seine Vermittlung anbieten, man wird sie ablehnen, er wird sie aber von neuem anbieten, und immer wieder, zuletzt gebieterisch — vielleicht den Frieden diktiren, wie er ihn haben will, und jedenfalls sagen: ihr sollt die Herzogtümer haben, aber gebt mir Belgien! Und wenn bei den Friedensverhandlungen zur Sprache kommt, daß die deutschen Verhältnisse, die natürlich nicht die bisherigen bleiben können, neu gestaltet werden sollen, dann wird Napoleon mit seinen Forderungen hervortreten.

Nicht viel günstiger lauten die Urteile sonst vernünftiger liberaler Politiker. Der frühere Unterrichtsminister von Bethmann-Hollweg ist in großer Aufregung und sehr unzufrieden mit Bismarcks „unverständiger, waghalsiger“ Politik, und sein Sohn giebt bei dem drohenden Konflikte mit Österreich als Äußerstes zu: man wird sich wohl am Ende hinter den tollen Kerl spannen müssen!

Ganz anders die echten Fortschrittler. Bodum-Dolffs äußert bei der Bemerkung, die schleswig-holsteinische Verwicklung werde möglicherweise zu einem europäischen Konflikte führen, kaltblütig: wenn sich eine europäische Verwicklung daraus ergibt, dann müssen wir sofort heraus aus den Herzogtümern; wir müssen sie dann ohne weiteres aufgeben, denn der Militäretat darf nicht erhöht werden! Noch erhebender ist Birchows schöne Offenheit: ich will gar keinen Kompromiß mit der Regierung (in der Frage der Militärreorganisation), ich will den König dahin treiben, daß er die Kammern nach Hause schickt und die Verfassung aufhebt; daraus muß sich dann später eine Revolution ergeben. Einen erheiternenden Eindruck machen dabei die geschäftig hin- und herlaufenden kleinen Geister, die stets neue Nachrichten in der Tasche haben, die dann gewöhnlich am nächsten Tage widerrufen werden. Ihr Typus ist Geffken. Ähnlich ist der Geheime Legationsrat Meyer, den Bernhardi — wir wissen nicht, weshalb — den Königs-Meyer nennt: er war Vorleser der Königin Augusta und gleich langweilig durch sein eintöniges Geschwätz wie durch seine schrecklichen Gedichte. Er wühlte mit Brandis, dem Sekretär der Königin, eifrig gegen die Annexion der Herzogtümer; als dann der Wind herumging, ließ er den Augustenburger fallen, der früher sein Abgott gewesen war, und als der Krieg mit Österreich in Sicht stand, veröffentlichte er in der Spenerschen Zeitung, die König Wilhelm damals zu lesen pflegte, ein herzbrechendes Ostergebet: O Gott, rett uns vor diesem Bruderkrieg! Hierbei ist bezeichnend, wie er das Gedicht in die Zeitung schmuggelte. Der Redakteur der Spenerschen Zeitung, Alexis Schmidt, war sein Nefte; ihm brachte er das Gedicht mit der Behauptung, der König habe es im Manuskript gelesen und großes Gefallen daran gefunden. Als auch das Gedicht nichts half, machte er am Theetisch der Königin Augusta einen Angriff auf den König, indem er über die Schrecken des Bürgerkriegs deklamirte, den er für einen Frevel erklärte. Der König erwiderte in seiner bekannten, unerschöpflichen Gutmütigkeit nichts weiter als: „Sie sprechen ja als mein Feind.“ Zuletzt begnügen wir ihm auf der Straße, wo er Bernhardi anspricht und ihm ausmalt,

Preußen würde als Resultat des österreichischen Krieges die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich erleben. Dann schrie er los: „Das ist eine Infamie, das ist eine Nichtswürdigkeit!“ Bernhardi erwiderte nur trocken, dergleichen Äußerungen ziemten sich für einen preußischen Beamten nicht.

Daß alle diese der Politik Bismarcks feindlichen Strömungen in den Herzogtümern selbst die eifrigste Förderung fanden, ist bekannt; das ärgste hierin leistete aber doch Samwer, der Verater des Herzogs von Augustenburg, indem er die Abfassung eines Artikels in der Schleswig-holsteinischen Zeitung veranlaßte, worin gesagt wurde: Kommen der Herzog und die Herzogtümer nicht auf anderm Wege zu ihrem Rechte, so werden sie den mächtigen Schutz Frankreichs anrufen; sollte darüber Preußen das linke Rheinufer verlieren, so wird das sehr zu bedauern, aber nicht die Schuld des Herzogs oder der Schleswig-Holsteiner sein.

Das erfreulichste an dem Buche ist all diesen Treibereien gegenüber die unwiderstehliche Macht der Wahrheit, die sich allmählich Bahn bricht. Am 26. Mai 1864 kommt Alfred von Auerswald zu Bernhardi und bestätigt ihm, daß ein großer Umschwung der öffentlichen Meinung zu Gunsten Bismarcks stattgefunden habe. Bismarck suchte nun auch Fühlung mit den vernünftigen Leuten der liberalen Partei zu gewinnen. Am 8. März 1865 hatte er ein eingehendes Gespräch mit Max Duncker. Ihm gegenüber bezeichnete er die Annexion der Herzogtümer als die einzige vernünftige Lösung, und als Duncker die Schwierigkeiten erwähnte, die dabei von Frankreich ausgehen könnten, erwiderte er: Dem kann ich dadurch begegnen, daß ich in den Tuileries geltend mache, daß die Sache eben durchgeführt werden muß; kann ich sie nicht mit Frankreich machen, so muß ich sie mit Österreich machen. Als Duncker einwarf, alles sei gegen die Annexion, erwiderte Bismarck: dann muß die Nationalitätenfrage im größten Maßstabe aufgenommen werden. Duncker antwortete, das glaube ihm niemand. Und wenn es mir niemand glaubt, dann trete ich zurück, und ein andrer macht die Sache, einer von Ihrer Couleur!

Über ein Jahr später, am 22. April 1866, hat Duncker wieder eine Konferenz mit Bismarck. Der König schwankte, und Bismarck hatte den Eindruck, daß er ihn nicht zum Kriege gegen Österreich bewegen könne: Ich bin bereit zurückzutreten und die Führung der Geschäfte einem liberalen Ministerium zu überlassen, wenn ein solches Ministerium die Sache weiter zu führen vermag. Ist aber eins in diesem Augenblicke möglich? Und wer soll Minister der auswärtigen Angelegenheiten sein? Ugedom ist ein liebenswürdiger Konversationsminister und nichts weiter; er hat nicht den Grad von Energie, den die jetzigen Verhältnisse fordern. Wenige Tage darauf, am 27. April, beschied Bismarck Bernhardi zu sich, um ihn zu veranlassen, nach Hannover zu reisen und dort das Terrain zu sondiren. Im Laufe der Unterredung setzte er Bernhardi auseinander, daß er nicht durch persönliche Rücksichten oder durch Berechnungen trivialen Ehrgeizes bestimmt werde, sondern daß es ihm nur darum zu thun sei, Preußens Größe und Macht zu fördern: Dabei sollten auch die Liberalen unterstützen, wenn sie irgend verständig wären; sie sollten sich keine Sorgen machen um das bißchen Liberalismus, das sie etwa dabei einbüßen. Das will wenig bedeuten. Das holen sie nachher, unter dem ersten besten liberalen Ministerium in sechs Wochen wieder ein. Und jedenfalls wird unter dem Kronprinzen ein andres Regiment eintreten. Was mich anlangt, so kann es wohl sein, daß ich nicht imstande sein werde, das begonnene Werk zu vollenden, und daß ich zurücktreten muß. Das würde ich ganz gern thun, gern die Sache in die Hände eines liberalen Ministeriums legen, wenn ich nur hoffen könnte, daß dieses liberale Ministerium imstande sein würde, sie mit

Erfolg zu Ende zu führen. Aber wo sind die Leute dazu, wo die liberalen Minister, von denen man so etwas erwarten kann? Schwerin ist doch wahrlich nicht der Mann dazu. Und wer soll Minister des Auswärtigen sein? Ugedom? Der ist ein Konversationsminister, ein lebenswürdiger Feuilletonist, eine geistreiche Dame. Oder etwa Goltz? Nein, der ist zänkisch und schwankend. Er weiß sich mit niemand zu vertragen und sieht die Dinge von einem Tage zum andern in sehr verschiedenem Licht; bald überschwänglich zuversichtlich und hoffnungsvoll, bald wieder ganz entmutigt: himmelhoch jauchzend, zum Tode betrübt — so sind seine Berichte aus Paris, von einer Woche zur andern verschieden wie Tag und Nacht. Dann aber könnte auch ein liberales Ministerium den König, der ihm nie ganz trauen würde, noch weniger als ich zu den energischen Entschlüssen bewegen, die gefaßt werden müssen, und die Sache würde an dem Könige scheitern. In Hannover müssen die Leute vor allen Dingen davon überzeugt werden, daß die Forderung einer Bundesreform, die ich ausgesprochen habe, keineswegs ein Rotschuß, durchaus kein bloßes Auskunftsmittel ist, zu dem ich in der Verlegenheit gegriffen habe, um herauszukommen, sondern ein Programm. Die Bundesreform ist ein Plan, der bei mir seit lange, seit der Zeit feststeht, wo ich politisch mündig geworden bin. Allerdings bin ich nicht politisch mündig gewesen, als ich vom Lande aus in das öffentliche Leben eintrat. Damals habe ich mir allerdings das Wesen der konservativen Interessen und die Politik Österreichs ganz anders gedacht, als sie wirklich sind. Ich habe damals geglaubt, daß ein redliches Zusammengehen mit Österreich möglich und die Vorbedingung der Macht und Sicherheit Deutschlands sowie der Ruhe Europas sei. Aber als Gesandter am Bundestage habe ich mich bald davon überzeugt, daß von einem solchen Zusammengehen nicht die Rede sein kann, weil eben Österreich in seinen Beziehungen zu Preußen nicht redlich, weil Österreichs Politik gegen Preußen nur eine Politik der Mißgunst ist. Seitdem ich dies eingesehen habe, ist die Reform des Bundes und das deutsche Parlament mein Programm. Das sagen Sie Berrnigen. Auf den Einwurf Bernhardis, wenn er dies Berrnigen sage, spreche er nicht mehr als unabhängiger Mann, sondern als Bismarcks Vertrauter, und als solcher finde er kein Vertrauen bei den Liberalen, fuhr Bismarck fort: Als der Fürst von Hohenzollern und Rudolph Muerzswald an der Spitze der Geschäfte standen, wünschten sie mich einmal, der ich damals Gesandter am Bundestage war, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu haben. Ich wurde deshalb nach Berlin geschieden und hier eines Tags zusammen mit Hohenzollern, Muerzswald und Schleinitz zum Könige entboten. Hier setzte ich meinen Bundesreform- und Parlamentsplan auseinander. Schleinitz sprach dagegen und sprach sich für ein Zusammengehen und Bündnis mit Österreich aus. Der König entschied sich „für jetzt“ für die letztere Ansicht, und ich wurde von Frankfurt nach St. Petersburg versetzt. Nachdem Bernhardi bemerkt hatte, er könne sich, nachdem ihm diese Mitteilung gemacht war, auf seinen verstorbenen Freund Rudolph Muerzswald berufen, fuhr Bismarck fort: Vielleicht muß ich zurücktreten, denn ich frage mich, ob ich den König zu den energischen Entschlüssen werde bringen können, die nötig sind. Bei den vielerlei Einflüssen, die sich geltend machen, und zwar von seiten derjenigen Personen, die dem Könige am nächsten stehen, ist das sehr fraglich. Gerade die besten Eigenschaften des Königs, seine Milde, seine Scheu vor dem Jammer, den ein Krieg herbeiführt, sind mir da im Wege. Und seine passive Zustimmung genügt mir nicht: der König muß entschlossen, aktiv einschreiten und eingreifen, im Sinne der verlangten Politik. Nur halte ich es für unzulässig, meine Demission

einzureichen, bloß weil ich den König nicht unbedingt für meine Vorschläge gewinnen kann: das würde ich also nicht leichtlin thun, aber es giebt doch Dinge, zu denen ich meinen Namen nicht hergebe, und tritt der Fall ein, so scheide ich aus dem Ministerium.

Bernhardis Sendung nach Hannover und seine Unterredung mit Bennigsen hatte keinen Erfolg. Am 30. April berichtete er Bismarck darüber. In Betreff der Bemerkung, die Bennigsen gemacht hatte, Bismarck könne den Krieg gegen Österreich gar nicht führen, da er die öffentliche Meinung im Lande gegen sich habe, sagte er: Man schießt nicht mit öffentlicher Meinung auf den Feind, sondern mit Pulver und Blei. Die neutrale Stellung der hannoverschen Liberalen, die Bennigsen in Aussicht stellt, kann uns zu gar nichts helfen, und auch das Versprechen hat keinen Wert, daß die Leute sich uns anschließen wollen, wenn unsere, die Bundesreform betreffenden Vorschläge bekannt gemacht, wenn Schritte geschehen sind, um den innern Konflikt auszugleichen: wenn wir sie nicht mehr brauchen, dann wollen sie sich uns anschließen! Die in Betreff der Bundesreform beabsichtigten Vorlagen bekannt zu machen, ist unmöglich: es würde nur zu endlosen Weiterungen führen, an denen die Sache scheitern müßte. Es kommt vielmehr darauf an, daß ein Termin für das Zusammentreten des Parlaments festgestellt und innegehalten wird, darauf, daß das Parlament wirklich zusammenkommt; dann bekommt das Parlament zunächst das Heft in die Hand — bis auf einen gewissen Grad —, und wenn die Herren die Initiative ergreifen und mit einer Revision der Verfassung von 1849 anfangen, so nehme ich das mit Handfuß an. Ebenso ist es für jetzt unthunlich, eine Lösung des innern Konflikts zu versuchen; das kann erst nach der Entscheidung geschehen. Der Liberalismus soll sich nur beruhigen: was er etwa jetzt verliert, das gewinnt er ja unter dem Kronprinzen in wenigen Wochen wieder. Wenn wir erst wieder Frieden haben, dann mag meinnetwegen regieren, wer will; aber so lange wir nicht Frieden haben, kann ich die Politik nicht von einer blödsinnigen Majorität abhängig machen.

Inzwischen wurde die Stimmung für Bismarck und das Verständnis für seine Politik immer stärker. Am 7. Mai zeichnet Bernhardi auf, daß in der Berliner Börsewelt eine merkliche Veränderung vorgegangen sei: Bismarck werde nicht mehr als Urheber eines unnützen Krieges verflucht, sondern die Auseinandersetzung mit Österreich als unvermeidlich angesehen. Ja nach Moons Bericht hatte der Kronprinz auf der Parade gegen die Offiziere geäußert, er habe Unrecht gehabt, sich der Politik Bismarcks zu widersetzen, und sehe ein, daß der Krieg nicht zu vermeiden sei. Am 12. Mai hatte Bernhardi eine Unterredung mit Bennigsen, die Bernhardi als nicht sehr interessant und vollkommen unfruchtbar bezeichnet, da Bennigsen den innern Konflikt als das eigentliche Ereignis der Zeit ansah, um das sich in seinen Augen alles drehte. Der Krieg mit Österreich war ihm dabei völlig Nebensache.

Kurz darauf wurde Bernhardi beauftragt, in das Hauptquartier des Königs von Italien zu gehen. Am 22. Mai hatte er eine Audienz bei König Wilhelm, den er in rosigster Laune fand. Er gab Bernhardi die Hand und dankte ihm freundlich dafür, daß er die Sendung nach Italien bereitwillig übernommen habe. Dann versicherte er, daß er den bevorstehenden Krieg weder gewollt noch gewünscht habe und alles gern ergreifen werde, was den Frieden erhalten könnte. Über die Österreicher äußerte er, sie schienen in Italien die strikte Defensiv zu beabsichtigen, Verona hielt er für nicht so stark, als man allgemein glaubte, und von

Beust sagte er: Er hat viel zum Ausbruch des Krieges beigetragen. Er ist unter allen Bedingungen feindlich gegen Preußen gewesen. Als ich das liberale Ministerium hatte, sprach er *pis que pendre* von Preußen, *pis que pendre*.

Am folgenden Tage wurde Bernhardi vom Kronprinzen empfangen. Er sprach zuerst davon, daß sich der Krieg hätte vermeiden lassen, und daß die Gefahr für Preußen, besonders wegen einer spätern Einmischung Frankreichs, sehr groß sei. Von seinen weitern Äußerungen ist besonders folgende merkwürdig: Wenn man den Forderungen der Zeit gerecht wird und den Erbprinzen von Augustenburg in den Elbherzogtümern einsetzt, ist der Friede heute noch zu haben.



Litteratur

Ägypten. Handbuch für Reisende von R. Baedeker. Mit 29 Karten und Plänen, 48 Grundrissen, 65 Ansichten und Textvignetten. Vierte Auflage.
Spanien und Portugal. Handbuch für Reisende von R. Baedeker. Mit 6 Karten, 31 Plänen und 11 Grundrissen. (Leipzig, Karl Baedeker, 1897)

Das Erscheinen einer neuen Auflage des „Baedeker“ für Ägypten, der vierten seit 1877, und eines ganz neuen Bandes über Spanien und Portugal geht nicht bloß die reisende Welt an. Es liegt darin etwas kulturgeschichtlich Interessantes. Diese Bücher bezeugen ein Hinausschweifen der alten germanischen Reiselust in immer weitere Fernen, das auch ein Stück deutscher „Expansion“ ist. Deutsche Reisebücher werden notwendig für Länder, wo der deutsche Belehrungs- und Vergnügungsreisende früher nur vereinzelt erschien. Aber ohne Zweifel regt das Erscheinen solcher Führer viele auch erst an, nach Ländern zu reisen, wo sie sich nun an der Hand eines deutschen Führers weniger fremd fühlen. Nachdem sie sich aus dem Reisehandbuch ordentlich unterrichtet haben, wagen sie den Schritt.

So wenig wir dem leichtem, kurzatmigen Touristen- und Sommerfrischlertum hold sind, das allsommerlich Hunderttausende von Deutschen zu einem erholungsarmen Opfer an die Mode zwingt, so herzlich freut es uns, wenn immer mehr Deutsche in die Welt hinausziehen, um fremde Länder und Völker kennen zu lernen und Kenntnisse und Anschauungen mit nach Hause zu bringen. Wir haben ja unsere Pioniere da draußen seit langem, die gewöhnlich ohne Baedeker reisen, unsre jungen Kaufleute und Geschäftsreisenden vor allem, deren Landes- und Volkskenntnis besonders den englischen und französischen Lieferanten so unbequem ist. Es ist aber wünschenswert, daß ihnen noch viele andre nachfolgen. Und gerade Spanien und Portugal sind zu lange fast ausschließlich von Engländern besucht worden, die sich in ihrer Weise dort heimisch gemacht haben. Die Franzosen haben einfach den überwiegenden Einfluß des nächsten Nachbarn in Anspruch genommen. Ein Deutscher aber konnte sich vor fünf und zwanzig Jahren selbst in Barcelona recht einsam fühlen, und in den größern Städten des Innern ist es überall so, daß für Engländer und Franzosen zur Not gesorgt ist, während der Deutsche nur so mit durchgeht. Wenn man erwägt, daß ein großer Teil der Stärke Frankreichs in der sanften Gewalt liegt, mit der es Spanien an sich fesselt und dem Einfluß des übrigen Europa